
Bericht

Gorbatschowsche Reformen und gewerkschaftliche Praxis

Gorbatschow und die Gewerkschaften

Daß der KPdSU-Generalsekretär, Michail Gorbatschow, die sowjetischen Gewerkschaften und ihre bisherigen Leistungen sehr kritisch beurteilt, wurde schon in seiner Rede auf dem 27. KPdSU-Parteitag im Februar 1986 deutlich. Die Kritik wiederholte er mehrfach. Aber abgesehen davon, daß er ihnen in seiner Rede anläßlich der Verkündung des zwölften Fünf-Jahres-Plans den Auftrag gab, sich um die Einführung des Mehrschichtensystems Gedanken zu machen, gab es wohl keine konkreten Äußerungen über die Rolle der Gewerkschaften im Prozeß der Umgestaltung und der Offenheit. Dies überraschte insofern, als die Gewerkschaften mit ihren 140 Millionen Mitgliedern immerhin die größte Massenorganisation der Sowjetunion darstellen und sich die Umgestaltung doch zum erheblichen Teil in den wirtschaftlichen und sozialen Bereichen abspielt.

Eine positive Erwähnung gab es für die Gewerkschaften in seiner langen Rede auf dem Parteitag nicht. Ihnen wurden Versäumnisse bei der Förderung des Sozialistischen Wettbewerbs sowie bei der Lenkung der Branchen und Betriebe vorgeworfen. Aber besonders die folgende Passage aus dieser Rede vermittelt recht neue Vorstellungen zu den Aufgaben der Gewerkschaften in der UdSSR. Ihre bisherige Wirksamkeit schätzte der KPdSU-Generalsekretär folgendermaßen ein:

„Die Gewerkschaften sind bei uns die größten Massenorganisationen. Sie tun insgesamt sehr viel für die Befriedigung der Bedürfnisse der Arbeiter, Angestellten und Kolchosbauern, für die Erhaltung des Wettbewerbs, die Festigung der Disziplin und die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Und dennoch, wenn es um die Wahrnehmung der legitimen Interessen der Werktätigen, den Arbeits- und Unfallschutz, den Bau und das Funktionieren von Gesundheitseinrichtungen, Sportanlagen und Kulturstätten geht, bringen die Gewerkschaftskomitees bei weitem nicht in jedem Fall ausreichende kämpferische Zielstrebigkeit und Beharrlichkeit auf. Es leuchtet ein, daß eine solche Passivität jene Wirtschaftsfunktionäre zufriedenstellt, für die die Produktion mitunter den Menschen überschattet. Doch für die Gewerkschaften haben die Sozialpolitik und die Interessen der Werktätigen stets im Vordergrund zu stehen. Das bildet dann auch den eigentlichen Sinn ihres Wirkens. Dem Zentralrat der Sowjetgewerkschaften und den anderen Gewerkschaftsorganen stehen zu diesem Zweck enorme Rechte sowie beachtliche staatliche und auch eigene Mittel zur Verfügung. Und so kommt es eben darauf an, davon sicher und umfassend Gebrauch zu machen und nicht darauf zu warten, daß jemand die Aufgaben, mit denen die Gewerkschaften betraut worden sind, für sie lösen wird.“

Nach solcher Einleitung hätte man erwarten können, daß mehr und Präziseres kommen würde. Denn wie auch immer man die Rolle der sowjetischen Gewerkschaften formuliert, als Interessenvertretung der Arbeitnehmer, als Mittler zwischen diesen und der Partei oder beides: in ihnen sind fast alle Arbeitnehmer in der Sowjetunion organisiert. Auf dem 18. Kongreß des Zentralrates der sowjetischen Gewerkschaften (WZSPS) im Februar 1987 schließlich hat Gorbatschow recht präzise erklärt, was ihm nicht gefällt und was zukünftig von den Gewerkschaften verlangt wird. Ob dies allerdings entsprechend umgesetzt werden kann, noch dazu in einem Land, in dem unter Zaren und Kommissaren selbständiges Denken und Handeln bisher nicht sehr gefragt waren, dürfte fraglich sein. Aber man erkennt an den verschiedensten Stellen, daß sich bei den Menschen etwas bewegt, daß sie die Botschaft aufnehmen. Auch der Verlauf des Gewerkschaftskongresses hat das gezeigt.

Dort wurde am praktischen Beispiel deutlich, wie schwer der Weg vom Aufstellen neuer Grundsätze zu ihrer Praktizierung ist. Fortschritte werden nicht schon dadurch erreicht, daß man die neuen Ideen befürwortet und den Willen hat, sie umzusetzen. Die „Alflasten“ sind umfangreich, besonders wenn es um die Beantwortung der Frage geht: „Was tun?“

Wie mannigfach die Widerstände sind, hat Gorbatschow selbst mehrfach dargelegt. So erklärte er auch auf dem Kongreß der Gewerkschaften offen, daß unterschiedliche Auffassungen in der Führungsspitze der Partei bezüglich des einzuschlagenden Weges zur dreimaligen Verschiebung des Termins des letzten Plenums des Zentralkomitees der KPdSU Anfang 1987 geführt hätten. Ohne Illusionen sprach Gorbatschow von den Gegnern seiner Politik („Es wäre merkwürdig, wenn die Umgestaltungen allen recht wären.“) Er verwies dabei besonders auf zwei Gruppen: auf diejenigen, die besondere materielle und Machtvorteile von der bisherigen Politik hatten oder die zu träge sind, sich neuen Wegen zu öffnen, und solche Aufrichtigen und Ehrlichen, die die bisherige Politik aus Überzeugung mitgetragen haben und sich keine andere vorstellen können. Er benannte aber auch jene, die zwar den Willen haben, an der Umgestaltung mitzuwirken, denen es aber an Vorstellungen mangelt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Die folgende Darstellung des Kongreßgeschehens mag dazu beitragen, den Ist-Zustand an Hand des Berichts des WZSPS-Präsidenten Stepan A. Schalajew, die Soll-Vorgaben durch die Rede des KPdSU-Generalsekretärs und den Willen zum Wandel,

wie er in der Diskussion zum Ausdruck kam, zu beleuchten. Die Kontraste sind nicht zu übersehen.

Vorstellungen der Gewerkschaften

Die Größe der Sowjetgewerkschaften und ihre vielfältigen Wirkungsbereiche bringen es mit sich, daß in ihnen all die positiven und negativen Kräfte, die auch Gorbatschow sieht, vorhanden sind. Besonders der Leitung der Organisation ist sicher nicht der Wille zur Umgestaltung abzusprechen. Die Fragen, die sich aus der folgenden Darstellung des Berichts des WZSPS-Präsidenten ergeben, beziehen sich eher auf die Wahl der Wege und Mittel.

1. Wirtschaftspolitik

Während die ehrgeizigen Ziele der wirtschaftlichen Entwicklung befürwortet werden, gibt es nur wenige Vorstellungen zu prinzipiellen Veränderungen des eigenen Handelns. Hauptrolle spielt auch weiterhin die Mitwirkung bei der Gestaltung des „Sozialistischen Wettbewerbs“. Kritisiert werden Formalismus und Bürokratismus sowie Trunksucht und Schlendrian, die überwunden werden müssen. Von ihren möglichen wirtschaftlichen und sozialen Ursachen ist nicht die Rede.

Besonders hervorgehoben wird die Notwendigkeit, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu fördern, um so die Arbeitsproduktivität zu steigern. Es wird auf die Schwerfälligkeit bei der Durchsetzung hingewiesen: „Das schwächste Kettenglied in der Organisation des Wettbewerbs bleibt die Verbreitung fortschrittlicher Produktionserfahrungen.“

Ein besonderer Abschnitt ist den „moralischen Anreizen“ gewidmet. Die Inflation von Orden und Urkunden sowie ihre mangelhafte Qualität haben mit der Zeit zu ihrer Entwertung geführt. Ihre Nivellierung bewirke die Beeinträchtigung ihrer „stimulierenden Rolle“. Konsequenzen werden nicht aufgezeigt.

2. Sozialpolitik

Im Gegensatz zum früher oft gehörten Selbstverständnis der sowjetischen Gewerkschaften, in erster Linie „Motor des Sozialistischen Wettbewerbs“ zu sein, begann der WZSPS-Präsident diesen Teil seiner Ausführungen mit der Feststellung: „Für die sowjetischen Gewerkschaften standen immer und stehen im Vordergrund die Sozialpolitik, der Schutz der lebenswichtigen Interessen der Werktätigen.“ Dies sei „Hauptsinn der Tätigkeit der Gewerkschaften“.

Während in seiner Rede einerseits von der Aufmerksamkeit die Rede ist, die die Gewerkschaften auch im letzten Planjahrfünft der Realisierung des Sozialprogramms gewidmet haben, wird gleichzeitig festgestellt, daß in den letzten Planjahrfünft „die soziale Ausrichtung der Wirtschaft in ungenügendem Maße in Erscheinung trat“. Die Produktion habe oft den Menschen verdrängt. Angelastet wird das der „Trägheit der Gewerkschaftskader und ihrer Unfähigkeit zum selbständigen Vorgehen“.

All dies soll sich im laufenden Planjahrfünft erheblich ändern, denn „die Gewerkschaften sehen ihre Aufgabe darin, durchzusetzen, daß der soziale Bereich vorrangig entwickelt wird“.

a) Lohngestaltung und Konsum

Gewisse Machenschaften bei der Stücklohnabrechnung und veraltete Entlohnungsrichtlinien werden als wichtige Ursachen dafür angesehen, daß es in der Vergangen-

heit an der „gebührenden Ordnung bei der materiellen Stimulierung der Werktätigen“ mangelte. Besonders beanstandet wird die starke Nivellierung der Einkommen.

Nach den Empfehlungen des Zentralrats der sowjetischen Gewerkschaften sollen die höheren Beschäftigtenkategorien innerhalb der Betriebe im Einkommen stärker angehoben werden. Daneben soll eine erhebliche Verbesserung der Einkommen für Beschäftigte in intellektuellen Berufsgruppen (genannt werden unter anderem: Forschung, Entwicklung, Bildungs- und Gesundheitswesen) erfolgen. Weiter wird eine „konsequente Festlegung der Abhängigkeit des Arbeitslohns von der Qualität und Quantität der Arbeit“ gefordert. All das soll auf der Basis des „Hauptgrundsatzes des Sozialismus“: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“, geschehen, der schon lange Zeit um seine Bedeutung gebracht war.

Nach der Statistik beträgt das durchschnittliche monatliche Einkommen der Werktätigen derzeit 195 Rubel (das sind rund 650,- DM nach sowjetischem Umrechnungskurs). Bis Ende des Planjahr fünfths soll in jeder Familie das monatliche Pro-Kopf-Einkommen nicht niedriger als bei 50 Rubel liegen. Zu den Maßnahmen zur Förderung der materiellen Situation kinderreicher Familien zählt auch die Organisierung von Heimarbeit.

Besondere Aufmerksamkeit wird noch immer der Versorgung mit Nahrungsmitteln beigemessen. Folgt man den Ausführungen des WZSPS-Präsidenten, dann besteht die „ständige Sorge für die weitere Hebung der Ökonomik der Kolchose und Sowchose, ... „. Einen Erfolg diesbezüglich erhofft er sich offensichtlich in erster Linie von der weiteren Entwicklung der Agrar-Nebenwirtschaften der Betriebe und der individuellen Nebenwirtschaften. Hierbei geht es aber nicht um die immer wieder zitierten wenigen privat genutzten Quadratmeter der einzelnen Kolchosbeschäftigten, sondern um landwirtschaftliche Nebentätigkeiten der industriellen Produktionsbetriebe: („Jeder Produktionsbetrieb seine eigene Nebenwirtschaft.“ [!]) Der WZSPS hält die Schaffung von Agrar-Nebenwirtschaften in allen Betrieben bis 1990 für realistisch. Diese Wirtschaften sollen dann mindestens pro Beschäftigten 15 bis 25 kg Fleisch und 50 kg Milch erzeugen.

Die bessere allgemeine Versorgung mit Konsumgütern soll durch die Erfüllung des „Komplexprogramms zur Entwicklung der Produktion von Konsumgütern und der Dienstleistungssphäre für den Zeitraum 1986 - 2000“ erreicht werden. Der Grund für den immer noch vorherrschenden Mangel: Die Betriebe nutzen nicht alle Möglichkeiten, Umfang und Qualität ihrer Produkte zu steigern, und die Komitees der Gewerkschaften mobilisieren hierfür nur ungenügend.

Es wird erklärt, daß der „materielle Wohlstand der Werktätigen mit dem Zustand der Preisbildung für Waren... untrennbar verbunden“ ist. Der Zentralrat der Gewerkschaften will sich daher künftig verstärkt für die Herabsetzung von Preisen, besonders für Kinderwaren und Medikamente, einsetzen. Es wurde aber auch in Erwägung gezogen, Waren unter Berücksichtigung der Nachfrage von Familien mit unterschiedlichem Einkommensniveau produzieren zu lassen (!). An erster Stelle aber steht die Forderung nach „strikter staatlicher Ordnung in Fragen der Preisbildung“.

b) Wohnungsnot

Den Ausführungen zu diesem Punkt wird zunächst eine Erfolgsmeldung vorangeschickt: „In den letzten 20 Jahren hat sich der Gesamtwohnraumfonds fast verdoppelt. Über 80 Prozent der städtischen Familien leben gegenwärtig in abgeschlossenen Komfortwohnungen. Allein im 12. Fünf jahresplan ist vorgesehen, 595 Millionen Quadratmeter Wohnfläche zu schaffen.“

Daß eine erhebliche Wohnungsnot in der Sowjetunion besteht, ist lange bekannt und wurde auch nie verheimlicht. Der WZSPS erwartet größere Anstrengungen zur Förderung des Wohnungsbaus besonders durch die Betriebe. Zur Finanzierung wird vorgeschlagen, die Hälfte der Fonds für soziale und kulturelle Maßnahmen und 10 Prozent der Fonds für den Bau von Produktionsanlagen hierfür einzusetzen.

c) Schaffung besserer Arbeitsbedingungen

Betont wird die Schutzfunktion der Gewerkschaften. Einige der Leistungen werden buchhalterisch dargelegt: 15 Millionen Arbeitsplätze wurden mit den bereits bestehenden Normen für die noch zulässige Lärmbelastung, Vibration, Beleuchtungsintensität, Staub- und Gasgehalt in Einklang gebracht. Auf mehr als das Zweifache stieg das Tempo der Mechanisierung der manuellen Arbeit. Die Zahl der mit schwerer körperlicher Arbeit Beschäftigten wurde um die Hälfte verringert. Die Zahl von Betriebsunfällen ging um 20 Prozent und der an Berufskrankheiten Leidenden um 26 Prozent zurück. 90 Prozent der Industriebetriebe und 95 Prozent der Betriebe im Bau- und Transportbereich arbeiteten ohne Unfälle mit schweren Folgen. Die Ausgaben für Arbeitsschutz stiegen im 10. Planjahr fünf um 20 Prozent auf 24 Milliarden Rubel.

Auch die Schuldigen an den immer noch vorkommenden Unfällen und Havarien stehen fest: unzureichende Arbeitsdisziplin, Schlamperei, grobe Verstöße gegen Normen und Vorschriften der Sicherheitstechnik, verantwortungslose, mitunter verbrecherische Pflichtvergessenheit einzelner Leiter und Fachleute. Als ein besonderes Beispiel wird in diesem Zusammenhang neben anderen auch die „Havarie“ im Kernkraftwerk Tschernobyl erwähnt. Herausgehoben wird hier die Notwendigkeit, den Umweltschutz stärker zu fördern.

3. Erziehungsarbeit der Gewerkschaften

In diesem Teil der Rede des WZSPS-Präsidenten wird insbesondere die Kluft zwischen realem Leben und den „veralteten und überlebten Schablonen der gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit“ bemängelt. Das beziehe sich besonders auf die „Erziehung im Arbeitsprozeß, die Erziehung der sowjetischen Menschen im Geiste der ständigen Bereitschaft, für das Allgemeinwohl zu arbeiten“. Vor allem die Förderung der jungen Menschen in den Arbeitskollektiven, wo sie oft deswegen aus den Brigaden ausgeschlossen blieben, damit diese in ihrem Leistungsniveau nicht beeinträchtigt werden, sei unzureichend. Gefordert wird die Verbindung von „kollektivem Einfluß“ und individueller Arbeit mit den Jugendlichen.

Gewerkschaftliche Erziehungsarbeit und Förderung der Arbeitsdisziplin werden fast synonym verwandt. Scharfe Kritik sei von den Werktätigen auch wegen ernsthafter Mängel bei der Organisation der „Bewegung für die kommunistische Einstellung zur Arbeit“ geübt worden. Man sei darum besorgt, „daß der Titel kommunistisch nun auch jenen Brigaden, Abteilungen und Betrieben zuerkannt wird, in denen neben Bestarbeitern auch Bummelanten, Schludriane, Raffer, Säufer und Rowdys beschäftigt sind“. Darum müsse erwirkt werden, „daß der sozialistische Wettbewerb zur Durchsetzung einer bewußten und schöpferischen Einstellung zur Sache, zur Erziehung hoher moralischer Eigenschaften, zur Festigung der kommunistischen Einstellung zur Arbeit in einem größeren Maßstab beiträgt“.

Besonders hervorgehoben wird die Bedeutung der gewerkschaftseigenen Klubs und Sportanlagen zur „Organisation der inhaltsreichen Freizeitgestaltung“ und zur kommunistischen Erziehung. Rund 13 Millionen Sowjetmenschen würden diese Einrichtungen täglich nutzen. Aber auch in dieser Arbeit seien noch erhebliche Mängel zu verzeichnen. So etwa müsse festgestellt werden, „daß in einigen Kultureinrichtungen die

russische Folklore, das sowjetische Lied und die sowjetische Musik von halbdunklen Diskotheken, hysterischen Gruppen des Metal-Rocks und exaltierten Anhängern von Break-Dance“ in den Hintergrund gedrängt würden. Man werde gefragt: „Wer öffnet die Türen der Arbeiterklubs solchen Rockgruppen wie ‚Schwarzer Obelisk‘, ‚Krematorium‘ . . . und anderen? Warum sind die Vorsitzenden der Gewerkschaftskomitees und Klubeinrichtungen nicht in der Lage, eine Sperre gegen Abgeschmacktheit, Geistlosigkeit und Unmoral zu errichten, die der Erziehung der jungen Generation Schaden zufügen!“ Man müsse mit aller Bestimmtheit unterstreichen: „Nein, es kann und darf keine Kompromisse geben, wenn es um die Weltanschauung und um das geistige Leben des sowjetischen Menschen, unsere Jugend geht.“

4. Teilnahme an der sozialistischen Selbstverwaltung

Wegen ihrer grundlegenden Bedeutung verdient die Einführung zu diesem Teil der Ausführungen besondere Beachtung: Zuerst wird festgestellt, daß die Gewerkschaftsorganisation, ihre Leitungsorganisationen und alle Kader lernen müssen „unter den Bedingungen der Vertiefung der Demokratie, der Entwicklung der Selbstverwaltung, der anwachsenden politischen Aktivität und Leistungsbereitschaft des Volkes zu arbeiten“.

Dann wird der enge Zusammenhang zwischen beiden Aufgaben der Gewerkschaften hervorgehoben, einerseits auf die Entwicklung der sozialistischen Selbstverwaltung durch die Arbeitskollektive Einfluß zu nehmen und auf der anderen Seite die Grundlagen der Selbstverwaltung in der Tätigkeit der Gewerkschaften selbst höchstmöglich zu entwickeln. Der Platz des Gewerkschaftskomitees unter den neuen Arbeitsbedingungen im Betrieb wird ausdrücklich bestätigt. In erster Linie gelte es, „die Rolle der Gewerkschaften als Schule zu verstärken, in der jedes Mitglied des Arbeitskollektivs wirtschaften lernen und Fertigkeiten in der Leitung erhalten kann“.

Etwaige Zweifel, daß mit der Einführung der Selbstverwaltung und der Schaffung von Räten der Arbeiterkollektive der Tätigkeitsbereich der Gewerkschaften eingeengt werden könnte, werden verworfen. Es sei unverkennbar, daß die Demokratisierung des Lebens des Arbeitskollektivs wesentlichen Einfluß auf Inhalt, Stil und Methoden der Grundorganisationen der Gewerkschaften habe.

Einer kritischen Betrachtung der Arbeit der gewerkschaftlichen Grundorganisationen folgt eine sehr scharfe Kritik an der Arbeit der Zentralkomitees und Räte der Gewerkschaften, des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion und deren Apparate. Der Rückgang der Beschlußfassungen bei erheblich steigendem Personalbestand wird ebenso bemängelt wie die Zunahme von Bürokratismus und Papierkrieg und Versuche der Apparate, die Beschlußorgane zu beherrschen.

Mit besonderem Nachdruck wendet sich der Präsident gegen den von ihm selbst geleiteten Apparat: den Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaften. Schleppende Gestaltung der Arbeit, unzulängliche Durchführung der Beschlüsse, unzureichende Hilfe für die Arbeit der Basis, Überschreitung der Vollmachten durch Mitarbeiter des Apparats, Förderung des Papierkriegs sind nur einige der Vorwürfe an die eigene Adresse. Mit Stolz wird auf den Abbau von Stellen im Bereich der Hauptamtlichen verwiesen. Insgesamt seien in den letzten fünf Jahren 41 000 Stellen abgebaut worden.

Gorbatschows Rede

Die Umgestaltung ist unumkehrbar

Die Darstellung des Ist-Zustandes durch den Gewerkschaftspräsidenten war recht nüchtern und im Sinne der neuen Offenheit viel ungeschminkter als derartige Berichte

in der Vergangenheit. Die Vorschläge für die Praktizierung der Umgestaltung blieben dagegen mager und standen zum Teil im Widerspruch zu den angestrebten wirtschaftlichen Zielsetzungen.

Der KPdSU-Generalsekretär vermittelte in seiner Rede nicht nur mehr Überzeugung. Er machte auch deutlich, daß Umgestaltung ein dynamischer und, wie er selbst erklärte, revolutionärer Prozeß sein muß. Der einmal eingeschlagene Weg der Umgestaltung sei unumkehrbar. Bereits in kurzer Zeit sei er von einer Idee zur Realität geworden. Ungeduldige erinnerte Gorbatschow daran, daß seit dem 27. Parteitag, der bahnbrechende Beschlüsse gefaßt hat, gerade erst ein Jahr vergangen sei.

Während er sehr eindeutig die Schwachpunkte der Breschnew-Zeit offenlegte, verwies er aber auch auf die großen Leistungen und Erfolge des Sowjetvolkes seit der Oktoberrevolution und im Großen Vaterländischen Krieg. Er vermittelte auf diese Weise eine Mischung von Selbstkritik und Selbstbewußtsein und zeigte sich ungeduldig angesichts der schleppenden Fortschritte seit dem 27. Parteitag.

Sehr nachdrücklich legte er dar, daß es bei der Umgestaltung nicht allein um wirtschaftliche und soziale Reformen gehe, sondern daß der gesamte gesellschaftliche Bereich von der Vertiefung der sozialistischen Demokratie betroffen sei. Er machte klar, daß die Aufforderung zu mehr Publizität nicht als eine befristete Kampagne gesehen werden könne, sondern daß es darum gehe, neue Normen zu setzen.

Sein Verständnis von Demokratie offenbarte zwei Aspekte: Er führte einerseits aus, was er nicht unter Demokratie verstanden wissen wolle und gab auf der anderen Seite Empfehlungen, wie man den Ängsten derjenigen begegnen könne, die den möglichen Konsequenzen solcher Öffnungen skeptisch gegenüberstehen. Anschaulich wurde die Einbindung von Disziplin, Ordnung und Verantwortung in ein Konzept der vertieften Demokratie dargestellt. Das mündete in zwei Sätze: „Je mehr Demokratie wir bei uns haben, desto schneller werden wir auf dem Wege der Umgestaltung, der sozialistischen Erneuerung vorankommen, desto mehr Ordnung und Disziplin wird es in unserem sozialistischen Heim geben.“ Und: „So muß heute die Frage lauten: Entweder Demokratisierung oder soziale Trägheit und Konservatismus. Eine dritte Alternative gibt es nicht.“

Aufgaben der Gewerkschaften

Nach solcher Einstimmung der Delegierten trug Gorbatschow den Gewerkschaften seine Anliegen vor. Bei der Beschreibung der Aufgaben der Gewerkschaften hielt er sich eng an die Leninsche Bestimmung von gesamtgesellschaftlicher Verantwortung und Interessenvertretung der Arbeitnehmer. Wenngleich er ihre Rolle als Interessenvertretung hervorhob, machte er zugleich deutlich, daß er die beiden Funktionen nicht nebeneinander, sondern in gegenseitiger Ergänzung sieht.

Mit der Darlegung seiner Vorstellungen über die Funktionen der Gewerkschaften verband er gleichzeitig eine überaus kritische Würdigung ihres bisherigen Wirkens. So sprach er von der Notwendigkeit eines Gegengewichts zu den technokratischen Ansprüchen der Wirtschaft, die in den letzten Jahren um sich gegriffen hätten, und einer Verstärkung der sozialen Ausrichtung wirtschaftlicher Beschlüsse bedürften. Gewerkschaften müßten sich aktiver an der Ausarbeitung der sozialen Komponenten des Plans beteiligen und notfalls Alternativen vorschlagen. Gesamtgesellschaftlich seien sie aber auch verpflichtet, einen Bruch zwischen der Lösung der Produktionsaufgaben und der sozialen Entwicklung zu vermeiden.

Für ihn stehe fest, daß das bisherige Verhalten der Gewerkschaften diesem Muster nicht entsprochen habe. Zur Verdeutlichung zitierte er seine eigene Kritik auf einer

Betriebsversammlung im Kuban-Gebiet, wo er erklärt hatte, daß einige Gewerkschaftsfunktionäre mit den Wirtschaftsführern Krakowiak tanzen würden. Für seine Feststellung: „Man muß eine feste Position einnehmen und die Linie zum Schutz der Interessen der Werktätigen hart verfolgen“, erhielt Gorbatschow anhaltenden und starken Beifall. Man könne sich dazu vielleicht auch Anregungen bei ausländischen Gewerkschaften holen, fügte er etwas lakonisch hinzu.

Über zu viel Formalismus beim sozialistischen Wettbewerb sei auch in vergangenen Jahren viel gesprochen worden, ohne daß es zu Änderungen gekommen sei. Die Gewerkschaften hätten sich an das Fehlen wirklichen Wettbewerbs und an die Zurschaustellung vielfältiger Formen des Wettbewerbs, in denen sich kein normaler Mensch mehr auskenne, gewöhnt. Sie seien daran beteiligt, einen „Papiermotor“ in Gang zu setzen, der auch nur papierene Erfolge produziere. Der Wettbewerb müsse wieder auf den Boden der Wirklichkeit zurückgeholt werden.

Unter den Bedingungen einer konsequenten Demokratisierung der Gesellschaft werde die Rolle der Gewerkschaften unaufhörlich anwachsen und ihre Verantwortung für die Verwirklichung der Wirtschafts- und Sozialpolitik zunehmen. Das Schicksal der Umgestaltung bestimmten aber nicht in erster Linie die Büros, sondern die Arbeitskollektive. Darum messe das Zentralkomitee dem Gesetz über die staatlichen Betriebe so große Bedeutung bei. Dieser Gesetzentwurf komme einer neuen „Ideologie der Wirtschaftsverwaltung“ gleich. Kernstück dieses Gesetzentwurfes seien die Regelungen über die „wirtschaftliche Rechnungsführung“, die all denen entgegenkomme, die ihre Arbeit ordentlich verrichteten. Eine Gefahr stelle sie für Bürokraten, Faule und Pflücker dar. Den Arbeitskollektiven und Gewerkschaften falle die Rolle zu, als starke Partner des Staats bei der Durchsetzung der Sozialprogramme mitzuwirken.

Gorbatschow attestierte vielen Gewerkschaften, daß sie sich noch immer „im zweiten Rang der Umgestaltung“ befänden. Er veranschaulichte das am Beispiel der Entlohnung. Hier gehe es nicht um eine Kampagne, sondern es werde eine grundsätzliche Veränderung des Entlohnungssystems angestrebt. Es sei eine politische Angelegenheit, die Arbeit zu dem Kriterium zu machen, an dem der Wert des Menschen, sein Ansehen und sein materieller Status gemessen werden solle. Seine Frage lautete: „Tun die Gewerkschaften alles in ihrer Macht Stehende, um die Lohnpolitik aktiv zu beeinflussen?“ Die Betriebsleitungen hätten es nicht so eilig, Lohnnivellierung abzuschaffen. Und ein Gewerkschaftsausschuß wolle oft niemandem wehe tun. Es sei höchste Zeit, daß Gewerkschaften solche „Schüchternheit“ abschafften.

Abgesehen von ihrem Inhalt war wohl auch bemerkenswert, daß die Rede live durch das sowjetische Fernsehen im ganzen Land übertragen wurde. Daß Gorbatschow die Gelegenheit nutzte, um „Propaganda“ für seine Politik der Umgestaltung und Offenheit zu machen, ist wohl selbstverständlich. Dennoch kann die Rede nicht als Propagandamasche abgetan werden. Besonders, was er über die Gewerkschaften zu sagen hatte, greift erheblich in die bisherige Praxis und ebenso in das Systemverständnis ein. In seiner Erklärung der doppelten Funktion der Gewerkschaften (Transmissionsriemen und Interessenvertretung) geht Gorbatschow über die Leninsche Erklärung hinaus, denn er legt das Schwergewicht eindeutig auf die Interessenvertretungsfunktion. Es bleibt abzuwarten, welche Konsequenzen solche Worte nach sich ziehen werden.

Die Diskussion

Den größten Teil der Zeit des Kongresses füllte die Diskussion aus. Redezeitbegrenzung schien es nicht zu geben. So kamen im Plenum 56 Delegierte zu Wort. In den Arbeitsgruppen sollen weitere 150 Delegierte gesprochen haben.

Daß die Umgestaltung etwas Neues ist, woran sich auch die Kongreßteilnehmer zu gewöhnen hatten, wurde auch in der Diskussion deutlich. Maßstab der Veränderung kann nicht die Diskussion auf einem DGB-Kongreß sein, sondern das bisher beim WZSPS verfolgte Ritual, nach dem alle Reden die gleiche Gliederung und auch fast die gleichen Inhalte hatten. Daran gemessen hat sich vieles geändert. Sicher gab es immer noch (vielleicht sogar mehrheitlich) jene, die sich an das alte Ritual hielten und die zu Hause vom Parteisekretär fabrizierte Rede rezitierten. Das ging dann nach dem im Grundriß des Marxismus-Leninismus festgelegten Muster von „Kritik und Selbstkritik“. Aber eine größere Zahl der Delegierten löste sich von diesem Muster und dem herkömmlichen Verfahren.

Erhebliche Kritik wurde zu wirtschaftlichen und sozialen Fragen geäußert. Und auch die Gewerkschaftsführung bekam ihren Teil davon ab. Wenig Äußerungen gab es zu gesellschaftspolitischen Problemen. So wurde auch kaum etwas zu dem vom Generalsekretär vermittelten Demokratieverständnis gesagt. Im folgenden einige Zitate aus Diskussionsbeiträgen der neuen Art:

Ein Augenarzt (Mitglied der Akademie der Wissenschaften) bezeichnete es als eine Schande, daß die Sowjetunion bezüglich der durchschnittlichen Lebenserwartung wegen der Zustände im Gesundheitswesen an 26. Stelle in der Welt stehe - vergleichbar etwa mit Entwicklungsländern. Er machte deutlich, daß in der Sowjetunion die Menschen nicht an kriegerischen Auseinandersetzungen sterben würden, sondern an den gesundheitspolitischen Bedingungen. Darum brauche man keine Waffen, sondern medizinische Geräte (anhaltender Beifall der Delegierten).

Eine Verkäuferin aus der Geburtsstadt Lenins erklärte, daß sie im Namen von 600 Verkäuferinnen eines Kaufhauses spreche. Sie und ihre Kolleginnen seien es überdrüssig, ständig von den Kunden nur Beschimpfungen zu hören. Wenn es Importprodukte gebe, würden sie ihnen aus den Händen gerissen. Aber die einheimische Produktion wolle niemand. Sie sei überwiegend von schlechter Qualität. Die Kleidung sei altmodisch; jedes zweite Fernsehgerät funktioniere schon beim Kauf nicht; die Waschmaschinen seien fast alle beschädigt. Und immer wieder müsse man erklären, daß viele Sachen gerade heute nicht vorrätig seien. Sie forderte die Delegierten, die Schriftsteller und Komponisten auf, endlich bekannt zu machen, daß Verkäuferinnen unschuldig am Zustand der Waren seien.

Der Kapitän eines Fischdampfers aus Wladiwostok erklärte, daß die dortigen Fischer in erheblichem Maße zur Volksernährung beitragen würden, daß allerdings ihre eigene Versorgung zu wünschen übriglasse. Die Fischer führten erhebliche Mittel für den Bau von Erholungsheimen ab (er sprach von 260 000 Rubel im Jahr); aber für 6 000 Fischer habe man im letzten Jahr nur 6 Ferienplätze erhalten. Er führte weiter Klage über die allgemein unzureichenden sozialen Bedingungen im östlichen Teil der UdSSR.

Es sprachen weitere Delegierte aus Sibirien. Allgemein war ihre Klage, daß die Versorgung und die sozialen Bedingungen dort unzureichend seien und hinter dem allgemeinen Standard des Landes zurückblieben. Es wurde recht deutlich gesagt, daß nicht erwartet werden könne, daß Menschen sich dauerhaft in Sibirien ansiedelten, wenn der einzige Anreiz beim Geld läge. Dann mache man eben seinen Schnitt dort und reise wieder zurück nach Westen, wo es nicht nur klimatisch, sondern auch hinsichtlich der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen besser sei. Diese Kritik wurde nicht nur ins Blaue geäußert. Die Adressaten wurden genannt, und dabei blieben die Gewerkschaften nicht verschont.

Ein Verantwortlicher für die Berufsausbildung übte heftige Kritik am System der Ausbildung insgesamt. Orientierung für die Aufnahme von Auszubildenden sei oft der

kurzfristige Bedarf zur Erfüllung des aktuellen Plans. Die langfristige Berufsplanung stehe dahinter zurück. Durch das System der Zuweisung von Ausbildungsplätzen werde die Freiheit der Berufswahl schon bei Beginn der Ausbildung beeinträchtigt. Die Gewerkschaften kümmerten sich nur unzureichend um Ausbildung und Ausbildungspolitik.

Die Satzungsänderungen

Nur wenige Wochen vor dem Kongreß veröffentlichte der WZSPS den Entwurf einer neuen Satzung für die allgemeine Diskussion. 2 000 Abänderungsanträge sollen eingegangen und auch berücksichtigt worden sein. Der Kongreß nahm die neue Satzung ohne besondere Diskussion an.

Die heute allgemein recht ausführliche Berichterstattung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS zu diesem Ereignis, auf die in diesem Abschnitt Bezug genommen wird, fiel entsprechend mager aus. So heißt es, daß in der neuen Satzung erstmalig die Rolle der Gewerkschaften als „eines der wichtigsten Glieder des politischen Systems der sowjetischen Gesellschaft, der sozialistischen Selbstverwaltung des Volkes“ erwähnt worden sei. Erstmals enthalte sie auch die Feststellung, daß die sowjetischen Gewerkschaften auf jede Weise „zur Entwicklung der sozialistischen Selbstverwaltung des Volkes ... zur Verwirklichung der Demokratie“ beitragen. Neu sei auch, daß die Mitglieder erweiterte Rechte erhielten. Besonders festgeschrieben sei jetzt das Recht jedes einzelnen Mitglieds, an der Leitung der Unternehmen, der Institutionen, der Organisationen, bei staatlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten teilzunehmen.

Auch die Aufgaben der gewerkschaftlichen Grundorganisation würden präzisiert. Ihre Möglichkeiten seien erheblich erweitert worden. So stehe jetzt in der Satzung, daß die Grundorganisation aktiv teilnehme an der Erarbeitung und der Verabschiedung sozio-ökonomischer Beschlüsse, die das Werk, die Fabrik oder die Institution betreffen.

Eine besondere Pflicht der Grundorganisation sei es jetzt auch, Bedingungen zu schaffen, unter denen jeder Werktätige sich selbst als Herr in seinem Unternehmen fühlen könne. Durch die Erweiterung der Möglichkeiten der Gewerkschaftskomitees in den Betrieben würde, schreibt TASS, „ohne Zweifel die Autorität und Bedeutung der Gewerkschaften zunehmen“.

Die neue Satzung sei auch ein Schritt nach vorn auf dem Wege der innergewerkschaftlichen Demokratisierung. So sei auch eine Regelung über die Möglichkeit aufgenommen worden, bei Wahlen, anders als bisher, zwischen mehreren Kandidaten zu entscheiden.

Diese Darstellung ist für einen westlichen Gewerkschafter vor allem aus zwei Gründen irritierend. Einmal wird es von den zitierten Regelungen wohl kaum eine geben, die man so in der eigenen Satzung finden kann. Wenn sich auch hier die Gewerkschaften für „eines der wichtigsten Glieder der Gesellschaft“ halten, würden sie sich dies kaum in einer Satzung bestätigen.

Besinnt man sich auf bisherige Darstellungen der Sowjetgewerkschaften, dann wurde eigentlich schon immer erklärt, daß die hier wiedergegebenen Rechte, Aufgaben und Möglichkeiten bestehen, sie waren bisher nur noch nicht in der Satzung festgeschrieben. Formulierungen allein bewirken allerdings noch keinen Wandel.

Interessenvertretung und Parteiauftrag: gegensätzliche Aufgaben?

Die bei dem Gewerkschaftskongreß hervortretenden Gegensätze sind für den außenstehenden Beobachter eher verwirrend. Da ist der KPdSU-Generalsekretär, Michail Gorbatschow, der entschlossen scheint, die Umgestaltung, die er selbst als

Revolution bezeichnet, durchzusetzen. Da sind die Diskussionsredner, die seine Aufforderung zu mehr Offenheit aufgenommen haben und nicht mehr zurückhalten mit ihrer Kritik am Bestehenden. Da ist aber auch der WZSPS-Apparat, in dem zwar sicherlich nur wenige zu denen gehören, von denen Gorbatschow sagt, daß sie aus eigenem Interesse Gegner der Umgestaltung sind. Der lange Bericht des Präsidenten deutet allerdings auch nicht gerade auf eine dynamische Weggefährtenschaft mit dem KPdSU-Generalsekretär.

Zwei Fragen sind schließlich zu stellen. Die eine betrifft die Leninschen Prinzipien, auf die sich Gorbatschow so oft beruft. In seiner Beschreibung der Rolle der Gewerkschaften unter der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) weist Lenin selbst auf ihre gegensätzlichen Aufgaben hin: Interessenvertretung der Arbeitnehmer und Vermittler der Parteibeschlüsse (Transmissionsriemen). Die Lösung dieses Gegensatzes erfolgt auch bei Lenin nicht. Er verweist einfach darauf, daß der Kommunismus ihn automatisch überwinde. Nach Gorbatschow, und das entspricht wohl auch der Praxis, sind die Gewerkschaften der ersten Aufgabe nicht gerecht geworden.

Auch wenn ihm darin zu folgen ist, muß aber doch weiter gefragt werden, wie angemessen es für den KPdSU-Generalsekretär ist, seine harte Kritik an die Gewerkschaften zu richten, wenn sie doch eigentlich nur die zweite von Lenin hervorgehobene Aufgabe so erfüllt haben, wie es die Partei bisher erwartete und wofür ihnen Brezhnev noch vor 10 Jahren den „Orden des Roten Oktober“ verliehen hatte. Wären sie denn bisher in der Lage gewesen, als konsequente Interessenvertretung zu wirken? Wird nicht hier der Gaul statt des Reiters geprügelt? Sicher, Gorbatschow prügelt sie beide. Achten sollte man wohl darauf, daß nicht am Ende zwei Invaliden nachbleiben. Gefragt ist jetzt wohl auch das nötige Krafftutter: Vorstellungen im Detail, wie Demokratisierung, Umgestaltung und Offenheit dazu führen, daß die sozialistische Gesellschaft dem einzelnen das gibt, worauf er ein Anrecht hat.

Erwin Kristoffersen,
Leiter der Internationalen Abteilung
beim DGB-Bundesvorstand, Düsseldorf